

Finanzordnung der Studierendenschaft

Fassung vom 26. April 2010

Inhaltsverzeichnis

A. Allgemeine Bestimmungen	2
§ 1 Geltungsbereich, Begriffsbestimmung	2
§ 2 Übergeordnete Vorschriften	2
§ 3 Grundpflichten	2
§ 4 Sprecher für Finanzen	2
B. Bestimmungen zum Haushaltsplan	3
1. Allgemeine Vorschriften	3
§ 5 Feststellung	3
§ 6 Veröffentlichung, Inkrafttreten	3
§ 7 Bedeutung und Wirkung	3
§ 8 Haushaltsjahr	3
2. Aufstellung	3
§ 9 Vollständigkeit, Gesamtdeckung	3
§ 10 Haushaltstitel, Gruppierung	4
§ 11 Fachschaftszuschüsse	4
§ 12 Kommissionen, Arbeitskreisen und Institutsgruppen; Studierendenschaftszeitschrift	5
§ 13 Übersichten zum Haushaltsplan	5
§ 14 Deckungsfähigkeit	5
§ 15 Überschuss, Fehlbetrag	5
§ 16 Rücklage	5
§ 17 Nachtragshaushalt	6
3. Ausführung	6
§ 18 Zuordnung von Ausgaben zu den Titeln	6
§ 19 Über- und außerplanmäßige Ausgaben	6
§ 20 Haushaltssperre	6
§ 21 Haushalt ohne Haushaltsplan	6
§ 22 Sachliche und zeitliche Bindung	6
§ 23 Bürgschaften, Beteiligungen, Darlehensaufnahme	6
C. Bestimmungen zur Finanzführung	7
1. Zahlungen	7
§ 24 Grundsätze im Zahlungsverkehr	7
§ 25 Zahlungsentscheidungen	7
§ 26 Kassenwesen	8
§ 27 Kontoführung	8
2. Buchführung	9
§ 28 Grundsätze der Buchführung	9
§ 29 Auskunftspflicht	9
§ 30 Aufbewahrungsfrist	9
§ 31 Inventarverzeichnis	9

3. Rechnungslegung und -prüfung, Haftung, Entlastung	9
§ 32 Rechnungslegung	9
§ 33 Kassenprüfungsausschuss	10
§ 34 Haftung der Sprecher für Finanzen	11
§ 35 Entlastung	11
D. Bestimmungen für Zuwendungen	11
§ 36 Begriffsbestimmung, Zulässigkeit	11
§ 37 Finanzanträge	12
§ 38 Zahlung, Abrechnung, Fristen	12
§ 39 Zurückhaltung, Rückforderung	12
§ 40 Reise- und Tagungskosten	13
§ 41 Aufwandsentschädigungen	13
§ 42 Sozialdarlehen	13
E. Schlussbestimmungen	14
§ 43 Veröffentlichung und Inkrafttreten	14
§ 44 Übergangsregelung	14
§ 45 Sprachliche Gleichstellung	14
§ 46 Änderung	14

A.

Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich, Begriffsbestimmung

(1) Diese Finanzordnung trifft Regelungen über vermögensbezogene und finanztechnische Tätigkeiten für die Studierendenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und ihre Organe.

(2) Im Folgenden wird sowohl der Studierendenrat als auch jeder Fachschaftsrat unterschiedslos als Rat bezeichnet, wenn Vorschriften auf all diese Organe anzuwenden sind.

§ 2 Übergeordnete Vorschriften

(1) Diese Finanzordnung ergeht im Einklang mit der Satzung der Studierendenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Satzung) sowie der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30. April 1991, zuletzt geändert am 28. April 2004.

(2) Für Fälle, in denen diese Ordnung keine Regelungen trifft, sind die für das Land Sachsen-Anhalt geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 3 Grundpflichten

Alle Organe der Studierendenschaft sind zu sparsamem und transparentem Umgang mit den finanziellen und sachlichen Mitteln der Studierendenschaft verpflichtet.

§ 4 Sprecher für Finanzen

(1) Jeder Rat wählt aus seiner Mitte entsprechend den Maßgaben der Satzung Sprecher für Finanzen sowie deren Stellvertreter. Diese sind für die ordnungsgemäße Führung der Finanzen des Rates verantwortlich. Dabei haben die Stellvertreter grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie die gewählten Sprecher.

(2) Zu Beginn der Amtszeit müssen die Sprecher für Finanzen schriftlich erklären, dass ihnen die Bestimmungen dieser Finanzordnung bekannt sind.

(3) Die Sprecher für Finanzen nehmen sämtliche Finanztransaktionen des Rates vor, sofern diese Finanzordnung keine Ausnahmen zulässt.

(4) Halten die Sprecher für Finanzen durch einen Beschluss des Rates die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen der Studierendenschaft für gefährdet, so können sie die Auszahlung von Mitteln zunächst verweigern und verlangen, dass der Rat die Angelegenheit unter der Beachtung der Auffassung der Sprecher für Finanzen erneut behandelt.

B.

Bestimmungen zum Haushaltsplan

1. Allgemeine Vorschriften

§ 5 Feststellung

(1) Der Entwurf des Haushaltsplanes wird von den Sprechern für Finanzen des jeweiligen Rates erarbeitet und spätestens sechs Wochen vor Beginn des neuen Haushaltsjahres dem Rat zur ersten Lesung vorgelegt.

(2) Der Entwurf ist im Rat in mindestens zwei beschlussfähigen Sitzungen an unterschiedlichen Tagen zu beraten. In allen Lesungen haben die Sprecher für Finanzen den Mitgliedern der Studierendenschaft auf Wunsch Erläuterungen zum Haushaltsplan zu geben.

(3) Der Haushaltsplan muss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder auf einer ordentlichen Sitzung nach § 16 der Satzung beschlossen werden.

(4) Die Haushaltspläne der Fachschaftsräte sind vor Beginn des Haushaltsjahres den Sprechern für Finanzen des Studierendenrates zur Kenntnisnahme vorzulegen.

§ 6 Veröffentlichung, Inkrafttreten

(1) Der Haushaltsplan ist mindestens hochschulweit zu veröffentlichen.

(2) Der Haushaltsplan tritt mit dem Tag nach seinem Beschluss, frühestens jedoch mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft.

§ 7 Bedeutung und Wirkung

(1) Der Haushaltsplan dient der Feststellung und Deckung des Finanzbedarfs, der zur Erfüllung der Aufgaben des Rates im Bewilligungszeitraum voraussichtlich notwendig ist. Der Haushaltsplan ist Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

(2) Der Haushaltsplan ermächtigt die Sprecher, das Personal sowie die Kommissionen, Arbeitskreise und Institutsgruppen des Rates, Ausgaben zu leisten.

(3) Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche und Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

§ 8 Haushaltsjahr

Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

2. Aufstellung

§ 9 Vollständigkeit, Gesamtdeckung

(1) Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben.

(2) Der Haushaltsplan hat in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen zu sein.

§ 10 Haushaltstitel, Gruppierung

(1) Einnahmen sind nach Entstehungsgrund getrennt den Titeln zuzuordnen. Alle Zuschüsse sind getrennt unter Angabe ihrer Herkunft aufzuführen.

(2) Ausgaben sind nach Zweck getrennt den Titeln zuzuordnen. Die Titel sind so zu gruppieren, dass aus dem Haushaltsplan die Erfüllung der Aufgaben der Studierendenschaft erkennbar ist. Folgende Gruppierungen sind mindestens gesondert darzustellen:

1. Darlehen,
2. Personalausgaben und Aufwandsentschädigungen,
3. Sachausgaben,
4. Ausgaben für wirtschaftliche Tätigkeit und Serviceleistungen,
5. Zuweisungen an Kommissionen, Arbeitskreise und Institutsgruppen,
6. Zuwendungen an externe studentische Projekte und Initiativen,
7. Rücklagen.

(3) Zweckgebundene Einnahmen und die zugehörigen Ausgaben sind kenntlich zu machen.

(4) Die Titel sind mit einem Betrag zu versehen. Die Beträge sind in ihrer voraussichtlichen Höhe zu errechnen oder, sofern dies nicht möglich ist, sorgfältig zu schätzen. Dabei sind Einnahmen vorsichtshalber niedrig und Ausgaben vorsichtshalber hoch anzusetzen.

§ 11 Fachschaftszuschüsse

(1) Der Haushaltsplan des Studierendenrates beinhaltet die Zuschüsse an die Fachschaften als durchlaufenden Posten. Die Gesamthöhe der Zuschüsse errechnet sich aus der Gesamtzahl der Mitglieder der Studierendenschaft, multipliziert mit dem Beitragsanteil der Fachschaften gemäß der Beitragsordnung.

(2) Einer Fachschaft zustehende Zuschüsse werden, sofern die Überweisung bis zum Ende eines Haushaltsjahres nicht beantragt wurde, maximal drei Jahre lang bis zur Beantragung durch die Fachschaft zurückgehalten. Nach Ablauf dieser Frist verfallen die Zuschüsse zugunsten der Zuschüsse an die anderen Fachschaften.

(3) Die Fachschaften sollen die Verteilung der Fachschaftszuschüsse einvernehmlich auf einer Fachschaftsra-
tekonferenz beschließen. Liegt ein solches Einvernehmen nicht vor, so wird ein Drittel der Fachschaftszuschüsse zu gleichen Teilen auf alle Fachschaften verteilt. Die restlichen zwei Drittel werden entsprechend dem Verhältnis der Mitgliederzahlen der Fachschaften aufgeteilt.

(4) Die Sprecher für Finanzen des Studierendenrates leiten die Zuschüsse einer Fachschaft an den Fachschaftsrat weiter, wenn dieser

1. für das vorige Haushaltsjahr einen Rechenschaftsbericht und
2. für das laufende Haushaltsjahr einen Haushaltsplan vorgelegt hat sowie
3. die Auszahlung der Gelder für das jeweilige Haushaltsjahr beantragt hat.

Darüber hinaus muss der Sprecher für Finanzen des Fachschaftsrates an einer vom Studierendenrat durchgeführten Belehrung zur Haushalts- und Wirtschaftsführung teilgenommen haben.

(5) Die Zuschüsse einer Fachschaft können zurückgehalten werden, wenn bei einer Prüfung der Finanzen der Fachschaft erhebliche Mängel festgestellt wurden oder wenn der vorgelegte Haushaltsplan der Fachschaft den Anforderungen dieser Ordnung nicht entspricht. Hierüber entscheiden die Sprecher für Finanzen des Studierendenrates nach pflichtgemäßem Ermessen. Auf Beschwerde des Fachschaftsrates kann der Studierendenrat beschließen, dass die Gelder dennoch ausgezahlt werden.

§ 12 Kommissionen, Arbeitskreisen und Institutsgruppen; Studierendenschaftszeitung

(1) Kommissionen, Arbeitskreise und Institutsgruppen müssen bis zum 31. Oktober eines Jahres einen Haushaltsplan bei den Sprechern für Finanzen des Rates einreichen, um einen eigenen Posten im Haushalt des Rates für das Folgejahr zu erhalten. Bestand seit dem 01. Oktober des Vorjahres durchgehend oder zeitweise ein entsprechender Haushaltsposten, muss zusätzlich für diesen Zeitraum ein Rechenschaftsbericht vorgelegt werden.

(2) Über die Höhe der Haushaltsposten entscheidet der Rat unter Berücksichtigung der eingereichten Haushaltspläne nach pflichtgemäßem Ermessen.

(3) Abweichend von Absatz 1 und 2 ergibt sich die Höhe des Haushaltspostens für Arbeitskreise, für die zweckgebundene Beiträge erhoben werden, aus der voraussichtlichen Höhe dieser Beiträge. Die Haushaltstitel solcher Arbeitskreise werden mit einem Sperrvermerk versehen, sofern kein Haushaltsplan oder Rechenschaftsbericht vorgelegt wurde. Eine spätere Vorlage des Rechenschaftsberichtes beziehungsweise eine spätere Genehmigung des Haushaltes durch den Studierendenrat entsprechend den Bestimmungen zum Beschluss eines Nachtragshaushaltes gilt als Aufhebung der Sperre.

(4) Bestehen Kommissionen, Arbeitskreise oder Institutsgruppen, für die im Haushaltsplan Mittel vorgesehen sind, nicht, so bleiben die vorgesehenen Mittel bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zweckgebunden und gesperrt. Im Falle einer Wiedergründung kann auf der Grundlage eines bestehenden Haushaltsplanes der Kommission, des Arbeitskreises beziehungsweise der Institutsgruppe über diese Gelder verfügt werden. Besteht kein Haushaltsplan, so ist dieser zunächst entsprechend den Bestimmungen zum Beschluss eines Nachtragshaushaltes zu beschließen. Bestehen Kommissionen, Arbeitskreise oder Institutsgruppen zum Ende des Haushaltsjahres nicht, fließen die Mittel an den allgemeinen Haushalt des Rates.

(5) Die Regelungen der Absätze 3 und 4 finden auch in Bezug auf die Studierendenschaftszeitung Anwendung.

§ 13 Übersichten zum Haushaltsplan

Der Haushaltsplan hat folgende Anlagen:

1. eine Darstellung der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben, ohne Berücksichtigung von zweckgebundenen Einnahmen und den daraus entstehenden Ausgaben, Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag aus dem vorigen Haushaltsjahr, Entnahmen aus und Einstellungen in Rücklagen (Finanzierungssaldo);
2. eine Übersicht über die Personalstellen entsprechend der aktuellen Beschlusslage;
3. eine Gegenüberstellung der Summen der einzelnen Haushaltstitel mit den veranschlagten und den tatsächlich errechneten Summen des vorigen Haushaltsjahres.

§ 14 Deckungsfähigkeit

Veranschlagte Ausgaben innerhalb von Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig, sofern sich nicht aus dem Haushaltsplan etwas anderes ergibt.

§ 15 Überschuss, Fehlbetrag

(1) Der Überschuss oder der Fehlbetrag ist der Unterschied zwischen den tatsächlich eingegangenen Einnahmen und den tatsächlich geleisteten Ausgaben.

(2) Ein Überschuss ist in den nächsten festzustellenden Haushaltsplan als Einnahme, ein Fehlbetrag als Ausgabe einzustellen.

§ 16 Rücklage

Zur Sicherung der Liquidität für die Zukunft muss im Haushaltsplan des Studierendenrates eine allgemeine Rücklage von mindestens fünf Prozent des Gesamthaushaltes gebildet und zinsbringend angelegt werden. Zweckgebundene Posten bleiben bei der Berechnung der Rücklage unberücksichtigt. Die Rücklage darf während des Haushaltsjahres nicht ausgegeben werden und ist im folgenden Jahr als Einnahme zu buchen.

§ 17 Nachtragshaushalt

Der Rat kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder auf einer ordentlichen Sitzung gemäß § 16 der Satzung Nachträge zum Haushaltsplan beschließen. Für deren Aufstellung gelten die §§ 6 und 9–16 dieser Ordnung entsprechend.

3. Ausführung

§ 18 Zuordnung von Ausgaben zu den Titeln

Über die Zuordnung der Ausgaben zu den Haushaltstiteln entscheiden die Sprecher für Finanzen.

§ 19 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

(1) Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Studierendenrates bedürfen der Einwilligung des Sprecherkollegiums. Die Einwilligung darf nicht erteilt werden, wenn ein Nachtragshaushalt voraussichtlich rechtzeitig herbeigeführt werden kann. Satz 2 gilt nicht, wenn

1. fällige Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind oder
2. Ausgabemittel von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

(2) Über- und außerplanmäßige Ausgaben sind unverzüglich dem Studierendenrat mitzuteilen. Sie bedürfen der nachträglichen Billigung des Studierendenrates.

§ 20 Haushaltssperre

Wenn die Entwicklung der Einnahmen oder Ausgaben des Studierendenrates es erfordert, kann das Sprecherkollegium es von seiner Einwilligung abhängig machen, ob Verpflichtungen eingegangen oder Ausgaben geleistet werden.

§ 21 Haushalt ohne Haushaltsplan

Ist zu Beginn eines Haushaltsjahres kein Haushaltsplan in Kraft getreten, werden die Geschäfte bis zum Inkrafttreten eines Haushaltsplanes nach den Maßgaben des Haushaltsplanes des Vorjahres weitergeführt. Dabei darf in jedem Monat nur ein Zwölftel der Summe ausgegeben werden, welche im Vorjahresplan für den entsprechenden Titel veranschlagt wurde.

§ 22 Sachliche und zeitliche Bindung

Ausgaben dürfen nur zu dem im Haushaltsplan bestimmten Zweck, soweit und solange er fort dauert und nur bis zum Ende des Haushaltsjahres geleistet werden.

§ 23 Bürgschaften, Beteiligungen, Darlehensaufnahme

(1) Bürgschaften oder Verpflichtungen in Garantie- oder ähnlichen Verträgen dürfen nicht übernommen werden.

(2) Die Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen ist dem Rat nicht gestattet.

(3) Die Aufnahme eines Darlehens ist dem Rat nicht gestattet.

C.

Bestimmungen zur Finanzführung

1. Zahlungen

§ 24 Grundsätze im Zahlungsverkehr

(1) Zahlungen dürfen nur aufgrund einer schriftlichen Zahlungsanweisung von den Sprechern für Finanzen geleistet werden, sofern diese Ordnung nichts anderes bestimmt. Eine Zahlungsanweisung muss mindestens enthalten:

1. den Namen des Auftraggebers der Anweisung;
2. den vom Rat zu zahlenden Betrag sowie Angaben zur Fälligkeit der Zahlung;
3. die notwendigen Daten des Zahlungsempfängers, insbesondere Name/Bezeichnung und Kontodaten;
4. Angaben zum Verwendungszweck, die die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anweisung durch die Sprecher für Finanzen ermöglichen, gegebenenfalls sind entsprechende Nachweise beizulegen.

Der Auftraggeber bestätigt die sachliche Richtigkeit der Zahlungsanweisung mit seiner Unterschrift.

(2) Als Zahlungsanweisungen im Sinne von Absatz 1 gelten auch Zuwendungsbescheide, Rechnungen und Verträge, sofern sie die genannten Angaben enthalten.

(3) Die Sprecher für Finanzen haben die rechnerische Richtigkeit der Zahlungsanweisung aktenkundig zu überprüfen. Dabei dürfen sie nicht Auftraggeber im Sinne von Absatz 1 sein.

(4) Bestehen rechtmäßige Forderungen gegen den Rat, vor deren Fälligkeit ein Beschluss zur Zahlung voraussichtlich nicht herbeigeführt werden kann, und würden dem Rat durch die verspätete Erfüllung finanzielle Nachteile entstehen, so sind die Sprecher für Finanzen berechtigt, die Forderung auch ohne Zahlungsanweisung zu erfüllen. Dieses Vorgehen bedarf der nachträglichen Billigung durch den Rat.

(5) Zahlungen dürfen nur geleistet werden, wenn laut Haushaltsplan Finanzmittel für den jeweiligen Verwendungszweck in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen und die Entscheidungsspielräume nach § 25 dieser Ordnung nicht überschritten werden. § 19 bleibt unberührt.

(6) Der Zahlungsverkehr darf grundsätzlich nur unbar erfolgen. Barzahlungen sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Näheres regelt § 26.

(7) Der Auftraggeber einer Zahlung ist unverzüglich zu informieren, falls die Zahlung nicht wie angewiesen geleistet werden kann.

§ 25 Zahlungsentscheidungen

(1) Über Finanzanträge externer studentischer Projekte und Initiativen entscheidet grundsätzlich der Rat. In der vorlesungsfreien Zeit ist das Sprecherkollegium des Studierendenrates zusätzlich ermächtigt, über dringliche externe Anträge bis zu einer Antragssumme von 1000 Euro zu entscheiden.

(2) Das Sprecherkollegium kann über Verwaltungsausgaben, insbesondere Anschaffungen für den Studierendenrat, eigene Veranstaltungen und Reisekosten der Mitglieder des Studierendenrates, der Arbeitskreise und Kommissionen, bis zu einer Höhe von 500 Euro, in der vorlesungsfreien Zeit bis zu einer Höhe von 1000 Euro je Einzelfall beschließen.

(3) Angestellte des Studierendenrates können dazu ermächtigt werden, über Anschaffungen im Wert von insgesamt bis zu 200 Euro im Monat eigenständig zu entscheiden. Genauer beschließt das Sprecherkollegium.

(4) Kommissionen können über die ihnen im Haushaltsplan zugewiesenen Finanzmittel frei verfügen, sofern der Studierendenrat keine abweichende Regelung trifft.

(5) Arbeitskreise können eigenständig über Zahlungen bis zu einer Höhe von 350 Euro je Anschaffung oder Veranstaltung entscheiden, sofern im Haushalt des Arbeitskreises entsprechende Mittel eingeplant wurden. Darüber hinaus ist ein Beschluss des Studierendenrates erforderlich. Der Studierendenrat kann für die Verwendung der Gelder Richtlinien beschließen.

(6) In welchem Umfang Institutsgruppen Zahlungsentscheidungen treffen dürfen, entscheidet der jeweilige Fachschaftsrat.

§ 26 Kassenwesen

(1) Der Rat darf eine Kasse für Bargeschäfte einrichten. Der Studierendenrat darf darüber hinaus für explizit bestimmte Zwecke weitere Kassen einrichten. Der Rat bestimmt eine Person, die mit der Kassenführung beauftragt ist.

(2) Barauszahlungen sind ausnahmsweise zulässig, wenn eine Zahlung per Überweisung nicht möglich ist.

(3) Bareinnahmen sind ausnahmsweise zulässig im laufenden Geschäftsverkehr des Rates.

(4) Über alle Barauszahlungen und -einnahmen ist unmittelbar ein Kassenbuch zu führen.

(5) Über Barein- und auszahlungen sind Quittungen mit fortlaufender Nummer auszustellen, sofern die Transaktion nicht anderweitig belegt ist. Die Durchschriften der Quittungen verbleiben in den Quittungsblöcken. Ist ein Quittungsblock verbraucht, so sind die Durchschriften von den Sprechern für Finanzen auf Vollzähligkeit zu prüfen und bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist nach § 30 aufzubewahren.

(6) Monatlich muss eine Prüfung der Kassen durch die Sprecher für Finanzen erfolgen. Führt ein Sprecher für Finanzen eine Kasse selbst, bestimmt der Rat einen Kassenprüfer. Bei Unregelmäßigkeiten ist der Rat unverzüglich zu informieren. Die Prüfung und ihr Ergebnis sind zu dokumentieren.

(7) Falls Zahlungen aus der Kasse ohne Beleg erfolgen (Fehlbeträge), haftet hierfür der verantwortliche Kassenführende.

(8) Der Kasseninhalt darf einen Bargeldbetrag von 300 Euro nicht länger als drei Werktage überschreiten.

(9) Zahlungsmittel, Kassenbücher und Quittungen sind unter Verschluss zu halten.

§ 27 Kontoführung

(1) Der Rat muss ein Bankkonto einrichten. Unterkonten sind entsprechend den Erfordernissen des Rates in unbegrenzter Anzahl zulässig. Die Einrichtung weiterer gesonderter Bankkonten ist unzulässig. Für Bankkonten des Rates sind die Sprecher für Finanzen und deren Stellvertreter zeichnungsberechtigt.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 3 darf der Studierendenrat ein gesondertes Bankkonto zur Anlage der Rücklage gemäß § 16 einrichten.

(3) Der Studierendenrat muss ein gesondertes Unterkonto für die Abwicklung von Sozialdarlehen nach § 42 einrichten.

(4) Zur Sicherstellung der Geschäftsfähigkeit des Rates bleiben die Sprecher für Finanzen und deren Stellvertreter auch nach dem Ende ihrer Amtszeit zeichnungsberechtigt, bis die Zeichnungsberechtigung ihrer Amtsnachfolger wirksam wird, längstens jedoch für vier Wochen. Für von ihnen getätigte Transaktionen haften sie nach § 34.

(5) Zahlungen von einem Bankkonto bedürfen der Unterschrift von zwei Zeichnungsberechtigten.

(6) Die Kontoführung ist zu dokumentieren. Dazu ist ein Kontoführungsbuch oder alternativ ein GOB-geprüftes EDV-System zu führen. Dieses muss mindestens eine Buchungsliste mit Hervorhebung nachträglich geänderter Buchungen sowie Kontenblätter erstellen.

2. Buchführung

§ 28 Grundsätze der Buchführung

- (1) Über alle Zahlungen und Einnahmen ist nach der Zeitfolge und nach der im Haushaltsplan vorgesehenen sachlichen Ordnung Buch zu führen.
- (2) Alle Einnahmen sind für das Haushaltsjahr zu buchen, in dem sie eingegangen sind. Alle Ausgaben sind für das Haushaltsjahr zu buchen, in welchem sie geleistet worden sind. Für das neue Haushaltsjahr sind zu buchen:
 1. Einnahmen, die im neuen Haushaltsjahr fällig werden, jedoch vorher eingehen;
 2. Ausgaben, die im neuen Haushaltsjahr fällig werden, jedoch wegen des fristgerechten Eingangs beim Empfänger vorher gezahlt werden müssen;
 3. im Voraus zu zahlende Arbeitslöhne für den ersten Monat des neuen Haushaltsjahres.
- (3) Alle Buchungen sind zu belegen.
- (4) Die Bücher sind jährlich, spätestens vier Wochen nach Ende des Haushaltsjahres, abzuschließen. Nach Abschluss der Bücher dürfen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr für den abgelaufenen Zeitraum gebucht werden.

§ 29 Auskunftspflicht

- (1) Auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern des Studierendenrates beziehungsweise zwei Mitgliedern des Fachschaftsrates und unabhängig davon zu Beginn eines jeden Semesters haben die Sprecher für Finanzen des jeweiligen Rates dem Rat eine nach dem Haushaltsplan gegliederte aktuelle Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben vorzulegen.
- (2) Mindestens einmal im Monat haben die Sprecher für Finanzen das aktuelle Guthaben des Rates zu ermitteln. In einer Übersicht ist kenntlich zu machen, wie es sich aus Barguthaben und Kontoguthaben zusammensetzt. Diese Übersicht ist dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

§ 30 Aufbewahrungsfrist

Das Kontoführungsbuch beziehungsweise die Buchungslisten des EDV-Systems sowie das Kassenbuch sind nach Abschluss zehn Jahre lang, die Abrechnungslisten des EDV-Systems, Kontoauszüge, Durchschriften der Quittungen sowie Belege, Rechnungen etc. sechs Jahre lang geordnet und sicher aufzubewahren.

§ 31 Inventarverzeichnis

- (1) Der Rat hat über alle Gegenstände, deren Anschaffungswert 25 Euro übersteigt und die keine Verbrauchsmittel sind, ein Inventarverzeichnis zu führen. Verantwortlich sind die Sprecher für Finanzen des Rates.
- (2) Die inventarisierten Gegenstände sind durchnummerieren.
- (3) Die Entfernung eines inventarisierten Gegenstands aus dem Besitz der Studierendenschaft ist schriftlich zu vermerken und zu begründen.
- (4) Am Ende seiner Ratsperiode muss der Rat die Vollständigkeit der inventarisierten Gegenstände prüfen. Das überprüfte Inventarverzeichnis ist den Sprechern für Finanzen des neu gewählten Rates vorzulegen und im nötigen Umfang zu erläutern. Sind Gegenstände abhanden gekommen, ist ihr Verbleib zu erforschen.

3. Rechnungslegung und -prüfung, Haftung, Entlastung

§ 32 Rechnungslegung

- (1) Die Sprecher für Finanzen haben für das Haushaltsjahr auf der Grundlage der abgeschlossenen Bücher gegenüber dem Studierendenrat Rechnung zu legen.

(2) Die Rechnungslegung umfasst mindestens

1. eine Gegenüberstellung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben mit den im Haushaltsplan veranschlagten Beträgen, mit gesonderter Ausweisung von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben sowie Ausgaberesten (Soll-Ist-Vergleich);
2. eine Darstellung der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben, ohne Berücksichtigung von zweckgebundenen Einnahmen und den daraus entstandenen Ausgaben, Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag aus dem vorigen Haushaltsjahr, Entnahmen aus und Einstellungen in Rücklagen (Finanzierungssaldo);
3. eine Übersicht über den aus dem vorigen Haushaltsjahr übertragenen und den in das folgende Haushaltsjahr zu übertragenden Überschuss beziehungsweise Fehlbetrag und deren Differenz;
4. eine Übersicht über das Guthaben des Rates und dessen Zusammensetzung aus Bar- und Kontoguthaben;
5. eine Übersicht noch offener Forderungen oder Verbindlichkeiten;
6. ein aktuelles Inventarverzeichnis nach den Maßgaben des § 31.

(3) Die Abschlussrechnung muss dem Studierendenrat spätestens zwei Wochen nach Abschluss der Bücher vorgelegt werden.

§ 33 Kassenprüfungsausschuss

(1) Der Studierendenrat wählt zum Beginn eines jeden Haushaltsjahres den Kassenprüfungsausschuss der Studierendenschaft. Der Ausschuss besteht aus mindestens drei und höchstens fünf Studierenden der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, welche im zu prüfenden Haushaltsjahr nicht Mitglieder des Studierendenrates oder eines Fachschaftrates gewesen sein dürfen.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder des Kassenprüfungsausschusses endet mit dem Ende des Haushaltsjahres, in dem sie gewählt wurden.

(3) Der Kassenprüfungsausschuss prüft die Finanzen des Studierendenrates und einzelner Fachschaften auf der Grundlage der vorgelegten Rechnungsergebnisse des vorigen Haushaltsjahres. Über die zu prüfenden Fachschaften kann der Studierendenrat beschließen. Bis Ende April nach Beginn der Amtszeit ist dem Studierendenrat ein Prüfungsbericht vorzulegen.

(4) Zusätzlich zur Prüfung nach Absatz 3 ist im Laufe der Amtszeit mindestens eine unvermutete Prüfung der Finanzen des Studierendenrates vorzunehmen. Das Sprecherkollegium des Studierendenrates kann unvermutete Prüfungen der Finanzen einzelner Fachschaften anordnen.

(5) Im Rahmen der Prüfung ist mindestens zu untersuchen, ob

1. die Kassen- und Kontostände mit den angegebenen Werten der Buchführung übereinstimmen;
2. der Haushaltsplan eingehalten wurde;
3. die Buchungen hinreichend belegt sind; im Falle des Studierendenrates genügt die Prüfung einer angemessenen Auswahl von Buchungssätzen;
4. für die geprüften Buchungssätze eine hinreichende Ermächtigungsgrundlage und Konformität mit den Ordnungen der Studierendenschaft besteht;
5. Kassen geführt werden, die in der Buchführung nicht erfasst sind (sog. Schwarze Kassen);
6. die Buchführung geordnet und nachvollziehbar erfolgte.

Der Studierendenrat kann Genaueres durch eine Richtlinie bestimmen.

(6) Stellt der Kassenprüfungsausschuss bei der Prüfung erhebliche Mängel fest, so hat er dies den verantwortlichen Sprechern für Finanzen sowie dem Studierendenrat mitzuteilen und die Beseitigung der Mängel zu verlangen. Den Sprechern für Finanzen ist dafür eine angemessene Frist zu setzen. Nach Ablauf dieser Frist prüft der Kassenprüfungsausschuss erneut und berichtet über das Prüfungsergebnis dem Studierendenrat.

(7) Die Mitglieder des Kassenprüfungsausschusses dürfen in sämtliche Finanzunterlagen der Räte Einsicht nehmen. In vertraulichen Angelegenheiten sind sie zur Verschwiegenheit verpflichtet, sie unterzeichnen vor Aufnahme ihrer Arbeit eine entsprechende Erklärung.

(8) Die Mitglieder des Kassenprüfungsausschusses erhalten vom Studierendenrat eine Aufwandsentschädigung in angemessener Höhe.

§ 34 Haftung der Sprecher für Finanzen

Für Zahlungen, die nicht belegbar sind oder ohne hinreichende Ermächtigungsgrundlage getätigt wurden, haften die Sprecher für Finanzen mit ihrem Privatvermögen, sofern vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt wurde.

§ 35 Entlastung

(1) Nach Rechnungslegung und Vorlage des Kassenprüfungsberichtes entscheidet der Rat über die Entlastung der Sprecher für Finanzen.

(2) Die Entlastung kann nur auf einer ordentlichen Sitzung des Rates gemäß § 16 der Satzung erfolgen und erfordert die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

D.

Bestimmungen für Zuwendungen

§ 36 Begriffsbestimmung, Zulässigkeit

(1) Zuwendungen sind Gelder, die ein Rat auf Antrag an Antragsteller außerhalb der satzungsgemäßen Strukturen der Studierendenschaft vergibt. Dabei ist lediglich die Förderung eines einzelnen, zeitlich und inhaltlich begrenzten Projekts oder einer konkreten Anschaffung möglich (Projektförderung).

(2) Gelder, die ein Rat auf Antrag an Arbeitskreise oder Institutsgruppen außerhalb ihrer Haushaltspläne vergibt, sind Zuwendungen gleichgestellt. Gleiches gilt für Gelder, die Fachschaftsräte zusätzlich zu den ihnen zustehenden Beiträgen beim Studierendenrat beantragen. Die Vorschriften des Abschnitts D sind entsprechend anzuwenden.

(3) Zuwendungen sind zulässig, wenn

1. die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben der Studierendenschaft eine maßgebliche Zielstellung des Projektes darstellt;
2. die Zuwendung form- und fristgerecht beantragt wurde;
3. das zu fördernde Projekt noch nicht begonnen beziehungsweise die Anschaffung noch nicht getätigt worden ist;
4. die Zuwendungsempfänger in der Lage sind, die bestimmungsgemäße Verwendung der Gelder nachzuweisen.

(4) Die Unterstützung von hauptsächlich kommerziellen Projekten sowie der internen Arbeit von Parteien und parteinahen Organisationen ist nicht zulässig.

(5) Über die Höhe der gewährten Zuwendung entscheidet der Rat nach pflichtgemäßem Ermessen.

(6) Eine Projektförderung ist grundsätzlich als Fehlbedarfsfinanzierung zu betrachten, wenn der Rat nichts Abweichendes beschließt. Sollten die Einnahmen aus anderen Finanzierungsquellen höher ausfallen, als im Finanzierungsplan veranschlagt, ist der Überschuss von der Fördersumme des Rates abzuziehen beziehungsweise dem Rat zurückzuerstatten. Die Vollfinanzierung eines Projektes durch Gelder der Studierendenschaft erfolgt nur in Ausnahmefällen.

(7) Die maximale Fördersumme für die Anschaffung von nach § 31 Absatz 1 inventarisierungspflichtigen Gegenständen beträgt die Hälfte des Anschaffungspreises.

(8) Zur Vereinheitlichung der Modalitäten bei der Vergabe von Zuwendungen kann der Rat Richtlinien erlassen.

§ 37 Finanzanträge

- (1) Die Bewilligung von Zuwendungen ist grundsätzlich schriftlich beim zuständigen Organ zu beantragen.
- (2) Ein Antrag auf Projektförderung hat mindestens zu enthalten:
 1. den Namen und die Postanschrift des Antragstellers;
 2. den Zeitraum und eine Beschreibung des zu fördernden Projektes mit einer Begründung, weshalb eine Förderung durch die Studierendenschaft beantragt wird;
 3. einen Finanzierungsplan mit allen feststehenden und beantragten Einnahmen und voraussichtlichen Ausgaben mit Kennzeichnung des Betrages, der bei dem Organ beantragt wird;
 4. eine Bemerkung, ob die Zuwendung als Vorschuss gezahlt werden soll, ggf. Begründung;
 5. die Unterschrift des Antragstellers.
- (3) Mit seiner Unterschrift erklärt der Antragsteller, dass ihm die Bestimmungen des Abschnittes D dieser Ordnung bekannt sind.

§ 38 Zahlung, Abrechnung, Fristen

- (1) Sofern der Rat einer Vorschusszahlung nicht explizit zustimmt, erfolgt die Zahlung der Zuwendung
 1. durch direkte Bezahlung von Rechnungen durch den Rat oder
 2. nach Einreichen der Abrechnung über das Projekt bei den Sprechern für Finanzen des Rates durch Überweisung auf ein angegebenes Konto. Die Abrechnung muss alle im Verlauf des Projektes angefallenen Einnahmen und Ausgaben mit den Originalbelegen sowie eine Angabe über die tatsächlich benötigte Summe der bewilligten Zuwendung enthalten; die Einreichung von Belegen in Kopie ist zulässig, sofern das Original den Sprechern für Finanzen vorgelegt wurde.
- (2) Rechnungen beziehungsweise Projektabrechnungen müssen binnen vier Wochen nach Rechnungsdatum beziehungsweise Ende des im Finanzantrag genannten Projektzeitraumes bei den Sprechern für Finanzen des Rates eingereicht werden.
- (3) Eine Vorschusszahlung darf nur insoweit und nicht eher ausgezahlt werden, als sie voraussichtlich innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zweckes benötigt wird.
- (4) Sofern Vorschusszahlung bewilligt wurde, ist bis vier Wochen nach Ende des im Finanzantrag genannten Projektzeitraumes eine Abrechnung gemäß Absatz 1 Nr. 2 bei den Sprechern für Finanzen des Rates einzureichen. Nicht benötigte Gelder sind dem Rat umgehend zu erstatten.

§ 39 Zurückhaltung, Rückforderung

- (1) Die Sprecher für Finanzen können die Zahlung einer Zuwendung ganz oder teilweise zurückhalten, wenn insbesondere
 1. die bei der Antragstellung gemachten Angaben in wesentlichen Teilen unrichtig oder unvollständig waren;
 2. im Rahmen der Bewilligung gestellte Bedingungen nicht erfüllt sind;
 3. die Abrechnung Mängel aufweist.
- (2) Wird eine Rechnung beziehungsweise eine Projektabrechnung nicht innerhalb der Frist nach § 38 Absatz 2 eingereicht, so ist die Zahlung je angefangenen Monat nach Fristablauf um zwei Prozent der abgerechneten Summe zu vermindern. Die Zahlung ist gänzlich zu versagen, wenn der Zeitraum bis zur Einreichung dieser Unterlagen sechs Monate übersteigt. Wird das verspätete Einreichen der Unterlagen ausreichend begründet, kann von diesen Maßnahmen abgesehen werden; hierüber entscheiden die Sprecher für Finanzen nach pflichtgemäßem Ermessen.

(3) Die Sprecher für Finanzen können einen Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise widerrufen und eine bereits gezahlte Zuwendung zurückfordern, wenn insbesondere

1. ausgezahlte Gelder nicht bestimmungsgemäß verwendet wurden;
2. die bei der Antragstellung gemachten Angaben in wesentlichen Teilen unrichtig oder unvollständig waren;
3. bei Vorschusszahlungen der Abrechnungszeitraum nach § 38 Absatz 4 nicht eingehalten wurde;
4. gegen im Rahmen der Bewilligung gestellte Auflagen verstoßen wurde.

(4) Es gelten die Vorschriften des Allgemeinen Verwaltungsrechts, insbesondere des Verwaltungsverfahrensgesetzes, der Verwaltungsgerichtsordnung und des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt.

§ 40 Reise- und Tagungskosten

(1) Reisekosten umfassen die Kosten für Fahrt, Unterbringung und Verpflegung während einer Reise. Tagungskosten umfassen alle sonstigen zu leistenden Teilnehmerbeiträge für die Teilnahme an Seminaren und Tagungen.

(2) Reise- und Tagungskosten können aus Mitteln der Studierendenschaft ganz oder teilweise erstattet werden, wenn die Reise der Erfüllung von Aufgaben der Organe der Studierendenschaft dient oder aus der Reise ein sonstiger Nutzen für die Studierendenschaft erwächst.

(3) Über Umfang und Bedingungen der Reisekostenerstattung kann der Rat eine Reisekostenordnung beschließen. Soweit diese Ordnung nichts anderes bestimmt, finden die Regelungen des Bundesreisekostengesetzes entsprechende Anwendung.

§ 41 Aufwandsentschädigungen

(1) Aufwandsentschädigungen dienen dem Ausgleich von Aufwendungen, welche einzelnen Personen im Zuge ihrer Arbeit für die Studierendenschaft entstehen.

(2) Eine Aufwandsentschädigung kann nur in dem Umfang gewährt werden, der vor Beginn der Tätigkeit, in deren Zuge die Aufwendungen entstanden sind, ausdrücklich mit dem Rat vereinbart wurde. Eine vertragliche Regelung ist möglich.

(3) Die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an die satzungsgemäßen Sprecher eines Rates für die Erfüllung ihrer Amtspflichten ist unzulässig.

§ 42 Sozialdarlehen

(1) Für die Überbrückung einer sozialen Notlage können vom Studierendenrat an Mitglieder der Studierendenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf Antrag zinslose Darlehen (Sozialdarlehen) ausgegeben werden. Die Entscheidung hierüber treffen die Sprecher für Soziales nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Über die Höhe von Sozialdarlehen sowie die Rückzahlungsmodalitäten beschließt der Studierendenrat eine verbindliche Richtlinie.

(3) Sofern ein Sprecher oder ein stellvertretender Sprecher für Soziales ein Sozialdarlehen beantragt, entscheiden alle anderen Sprecher und stellvertretenden Sprecher für Soziales gemeinsam mit einem Mitglied des Sprecherkollegiums über den Antrag.

(4) Die Sprecher für Soziales überwachen die ordnungsgemäße Rückzahlung und können bei Zahlungsverzug rechtliche Schritte einleiten. Sind keine Sprecher für Soziales gewählt oder hat ein Sprecher beziehungsweise stellvertretender Sprecher für Soziales selbst ein Darlehen erhalten, übernehmen die Sprecher für Finanzen diese Aufgabe.

E.

Schlussbestimmungen

§ 43 Veröffentlichung und Inkrafttreten

(1) Diese Ordnung tritt nach Genehmigung durch das Rektorat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Universität in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die bisherige Finanzordnung der Studierendenschaft vom 04. November 2002 nebst den Änderungssatzungen vom 27.01.2003 und 24.10.2005 außer Kraft.

§ 44 Übergangsregelung

Haushaltspläne für das Jahr 2010, die vor dem Inkrafttreten dieser Ordnung nach den bisher geltenden Bestimmungen verabschiedet wurden, behalten ihre Gültigkeit. Für Nachträge zu solchen Haushaltsplänen sind die Bestimmungen dieser Ordnung anzuwenden.

§ 45 Sprachliche Gleichstellung

Alle Funktionsbezeichnungen sind sowohl in männlicher als auch in weiblicher Form zu verstehen.

§ 46 Änderung

Eine Änderung dieser Ordnung bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Studierendenrates und ist nur auf einer ordentlichen Sitzung nach § 16 der Satzung möglich.

Veröffentlicht im Amtsblatt der Universität vom 27. Juli 2010.